



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

22. Mai 2023

Ägypten

Frauen aufgrund von verwandtschaftlichen Beziehungen zu vermeintlichen IS-Mitgliedern inhaftiert

Laut dem Bericht einer lokalen und internationalen Menschenrechtsorganisation sollen die ägyptischen Behörden Frauen und minderjährige Mädchen im Norden der Sinai-Halbinsel für ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zu vermeintlichen IS-Mitgliedern willkürlich inhaftiert haben. Während der mehrmonatigen bzw. teils mehrjährigen Haftdauer seien die Betroffenen gefoltert worden, um an Informationen über ihre Verwandten zu gelangen oder Druck auf diese auszuüben. Einige der Frauen und Mädchen waren dem Bericht zufolge selbst Opfer von Misshandlungen, wie etwa Vergewaltigung und Zwangsheirat, durch IS-nahe Gruppierungen. Bei ihrer Flucht oder dem Gesuch nach Hilfe bei den Behörden seien einige von ihnen festgenommen worden.

Äthiopien

Oromo-Rebellen werfen äthiopischen Streitkräften Angriffe nach Friedensgesprächen vor

Die Oromo Liberation Army (OLA) hat der äthiopischen Regierung vorgeworfen, am 17.05.23 eine Militäroffensive gegen sie gestartet zu haben. Erst kurz zuvor endeten erste Friedensgespräche zwischen den Konfliktparteien zwar ohne eine Einigung, allerdings erklärten beide Seiten, die Verhandlungen fortführen zu wollen. Unbestätigten Berichten zufolge bestand vor allem Uneinigkeit über die Forderung der OLA, ein Referendum über eine mögliche Autonomie des Regionalstaates Oromia durchzuführen (vgl. BN v. 08.05.23).

Nach Angaben lokaler Medien sollen die neuen Kämpfe die intensivsten der letzten Monate sein. Betroffen seien insbesondere die Zonen East Welega, West Welega und Horo Gudru Welega. Augenzeugen berichten, die örtliche Bevölkerung sei gezwungen worden, sich den Sicherheitskräften anzuschließen bzw. die Truppen mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Afghanistan

Sicherheitslage

Bei einem Drohnenangriff auf ein Dorf in der Provinz Khost am 16.05.23 sind zwei Kinder ums Leben gekommen. Es gibt keine offizielle Erklärung zu dem Angriff, aber Medienberichte vermuten, dass es sich um eine pakistanische Kampagne gegen die Tehrek-e Taliban Pakistan (TTP) handelte.

Verfolgungslage

Das Exilmedium Hasht-e Subh hat durch die Befragung von Gesundheitspersonal und Entlassenen in Frauengefängnissen der drei nördlichen Provinzen Jowzjan, Faryab und Samangan zahlreiche Fälle von Vergewaltigungen, Folter und Erschießungen durch die Taliban dokumentiert.

Am 15.05.23 wurde am Flughafen in Kabul ein ehemaliger Mitarbeiter des Innenministeriums und Medienaktivist festgenommen. Am 16.05.23 wurde in Mazar-e Sharif der Direktor eines Krankenhauses von den Taliban verhaftet. Medienberichte weisen darauf hin, dass sein Vater ein bekannter Offizier war. Am gleichen Tag verhafteten die Taliban den ehemaligen Bürgermeister der Provinzhauptstadt von Samangan, Aybak. In der Provinz Parwan wurde am 17.05.23 ein älterer Mann von den Taliban verhaftet. Sein Sohn war gegen einen Talibankämpfer handgreiflich geworden und anschließend geflohen. Am gleichen Tag erschossen die Taliban in der Provinz Takhar einen ehemaligen Soldaten vor den Augen seiner Familie. Am 18.05.23 übergaben die Taliban in der Provinz Panjshir den Leichnam eines Mannes, den sie am Tag zuvor verhaftet hatten, seiner Familie. Die Hintergründe der Verhaftung sind unklar. Am gleichen Tag wurde der Direktor einer Schule in der Provinz Parwan festgenommen, nachdem er die Bildungspolitik der Taliban kritisiert hatte.

Humanitäre Lage

Es sind wieder Bargeldsendungen zur Finanzierung der humanitären Hilfe durch die UN in Kabul angekommen. Nachdem die UN-Organisationen ihre Arbeit wieder aufgenommen haben, obwohl die Taliban das Arbeitsverbot für afghanische Frauen für UN-Organisationen nicht aufgehoben haben, kritisiert Human Rights Watch den intransparenten und nicht einheitlichen Umgang der UN-Organisationen mit der aktuellen Regelung. Außerdem gibt es erneut Medienberichte, nach denen die Bevölkerung beklagt, dass die Taliban die humanitäre Hilfe steuern und sie nicht bei den Bedürftigen ankommt. Ärzte ohne Grenzen (MSF) meldete am 17.05.23 eine deutliche Steigerung der Zahlen unterernährter Kinder aus der Provinz Helmand. In der Provinz Kapisa haben starke Regenfälle einen Teil der Ernte – in einzelnen Distrikten bis zu 70 % – zerstört.

Bangladesch

Änderungen am Digital Security Act

Die Regierung stellte vergangene Woche die Überarbeitung des umstrittenen Digital Security Acts (DSA) bis September 2023 in Aussicht, um sicherzustellen, dass der Missbrauch des Gesetzes auf ein Minimum reduziert wird. Die missbräuchliche Anwendung des Gesetzes steht wegen Festnahmen insbesondere von Medienschaffenden und Oppositionellen auf dessen Grundlage in der Kritik.

Linksextremistische Gruppierungen legen Waffen nieder

Am 21.05.23 legten linksextremistische Gruppierungen in den Distrikten Sirajganj, Pabna, Bogura, Meherpur, Kushtia, Rajbari und Tangail ihre Waffen nieder und erklärten die Aufgabe ihrer extremistischen Aktivitäten. Das Rapid Action Battalion organisierte und koordinierte die Waffenniederlegungen in Sirajganj. Insgesamt 315 Mitglieder der Purba Bangla Communist Party ML (Red Flag), der Purba Bangla Sarbahara Party (MBRM) und der Purba Bangla Sarbahara Party (Janajudha) gaben ihre extremistischen Aktivitäten auf und übergaben 216 Waffen.

Benin

Militär wehrt Angriff ab

Unbekannte haben am 12.05.23 im Gebiet Koualou-Kourou im äußersten Nordwesten Benins Sicherheitskräfte angegriffen. Medienberichten zufolge kam bei der Abwehr der Attacke durch das Militär einer der Angreifer ums Leben. Im Anschluss an den Vorfall entdeckten Militärangehörige Waffen, die mutmaßlich der unbekanntenen Gruppierung gehörten. Bei Koualou-Kourou handelt es sich um ein Grenzgebiet zwischen Benin und Burkina Faso. Erst Anfang Mai 2023 waren bei Überfällen unbekannter Angreifer auf die ebenfalls im Nordwesten Benins gelegenen Ortschaften Kaobagou und Guimbagou insgesamt 20 Zivilpersonen getötet worden (vgl. BN v. 08.05.23).

Burkina Faso

Angriffe auf Zivilpersonen

Laut Medienberichten kam es am 18.05.23 in der Provinz Yatenga (Region Nord) im Norden des Landes zu einem Angriff auf drei Dörfer, bei dem mindestens 20 Personen getötet und weitere verletzt wurden. Eine Gruppe bewaffneter Angreifer soll für die Attacke auf die Dörfer verantwortlich sein.

Am 15.05. und 17.05.23 war es rd. 400 km südlich in der Region Centre-Est nahe der Grenze zu Ghana und Togo zu zwei Angriffen von mutmaßlichen Dschihadisten auf zwei Dörfer gekommen. Mehr als 20 Zivilpersonen, darunter auch Frauen und Kinder, sollen getötet worden sein. Bisher hat sich niemand zu den Angriffen bekannt.

DR Kongo

Gewaltsame Zusammenstöße bei Oppositionsmarsch in Kinshasa

Einhelligen Medienangaben zufolge lösten Sicherheitskräfte einen Oppositionsmarsch in Kinshasa am 20.05.23 mit übermäßiger Gewalt auf, was in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften mündete. Es habe auf beiden Seiten Verletzte gegeben, mehrere Demonstrierende seien festgenommen worden. Der Oppositionsmarsch habe sich gegen den als chaotisch empfundenen und vom Manipulationsvorwürfen überschatteten Wahlprozess, die allgemeine Sicherheitslage und die hohen Lebenshaltungskosten im Land gerichtet. Zu dem Protest hätten Oppositionsführer wie Moïse Katumbi, Martin Fayulu, Matata Ponyo Mapon und Delly Sesanga sowie die Bürgerbewegung Lutte pour le changement (LUCHA) aufgerufen.

Der Gouverneur von Kinshasa habe am 18.05.23 die angemeldete Demonstration erlaubt, indes unter Auflagenerteilung. Hierzu hätten Vorgaben zur Demonstrationsroute gehört, die organisationsseitig jedoch abgelehnt wurden. Die Polizei beschuldigte die Demonstrierenden, Barrikaden errichtet, Polizeikräfte angegriffen sowie die angeordnete Demonstrationsroute missachtet zu haben.

Der kongolesische Minister für Menschenrechte, Albert-Fabrice Puela, kritisierte am 20.05.23 den unverhältnismäßigen Einsatz von Polizeigewalt gegen die teils minderjährigen Demonstrierenden. Er forderte eine Untersuchung der Polizeigewalt, damit die Verantwortlichen ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden können. Behördenangaben zufolge wurden bereits drei Polizeibedienstete festgenommen wegen Misshandlung eines Minderjährigen. Unterdessen kündigte die Provinzbehörde von Kinshasa Klagen gegen die Organisatoren der Demonstration an. Die Opposition gab derweil weitere Demonstrationen für die kommenden Wochen bekannt.

Gambia

Erneut Todesurteil; ai-Jahresbericht 2023 zur Todesstrafe

Ein wegen Mordes angeklagter Mann ist mit Urteil des High Court in Banjul vom 15.05.23 schuldig gesprochen und ex lege zum Tode verurteilt worden. Unter Berufung auf die Gesetzeslage verhängen Gerichte immer wieder Todesurteile. Seit Februar 2018 gilt in Gambia de facto ein Hinrichtungsmoratorium. Amnesty International (ai) schrieb in seinem am 15.05.23 veröffentlichten Jahresbericht zur Todesstrafe, dass im Berichtsjahr 2022 insgesamt neun neue Todesurteile in Gambia ausgesprochen wurden.

Bürgerprotest verläuft friedlich und ohne Zwischenfälle

Medienangaben zufolge verlief ein von einem großen Polizeiaufgebot begleiteter Bürgerprotest gegen die Erhöhung der Strom- und Wasserpreise friedlich und ohne Eingreifen der Sicherheitskräfte. Die Bürgerbewegung Team Gom Sa Bopa kündigte bereits weitere Aktionen an – für den Fall, dass das nationale Wasser- und Elektrizitätsversorgungsunternehmen (NAWEC) den Forderungen nach Preissenkungen nicht nachkommt.

Ghana

Hauptoppositionspartei wählt Präsidentschaftskandidaten

Der National Democratic Congress (NDC), die stärkste Oppositionspartei des Landes, hat am 13.05.23 seine Vorwahlen für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2024 abgehalten. Medienberichten zufolge

konnte der ehemalige Präsident John Mahama die Wahl mit 98,9 % der abgegebenen Stimmen für sich entscheiden. Mahama will nach seiner ersten Amtszeit (2012-2017) und seinen Kandidaturen 2016 und 2020 im kommenden Jahr das vierte Mal zu den Präsidentschaftswahlen antreten.

Laut einer Erklärung der ghanaischen Polizei sind im Zuge der Vorwahlen des NDC acht Personen wegen verschiedener wahlbezogener Vergehen und Ruhestörung festgenommen worden. Fünf der Verdächtigen seien zwischenzeitlich auf Kautionsfreilassung freigelassen worden.

Guinea

Medien- und Informationsfreiheit: Vorwurf der Zensur

Medienverbände beklagten am 18.05.23 Internetabschaltungen bzw. erschwerten Zugang zu Informationsseiten und eine Razzia in den Räumen der Nachrichtenseite Afric Vision am Vortag. Bei der Razzia sollen die Transmitter zweier zur selben Mediengruppe gehörender Radiosender beschlagnahmt worden sein. Wie aus Medienberichten weiter hervorgeht, gab es die Schwierigkeiten beim Abrufen von Nachrichtenseiten und sozialen Netzwerken seit dem 17.05.23. Die Verbände warfen der herrschenden Junta und der zuständigen Regulierungsbehörde Autorité de régulation des postes et télécommunications (ARPT) vor, Zensur auszuüben.

Die Behörden wiesen die Vorwürfe von sich. Der Regierungssprecher und Minister für Telekommunikation, Ousmane Gaoual Diallo, erklärte die Probleme mit dem Internet mit einer Panne, die „überall möglich“ ist. Von Afric Vision erwarte man, dass sie den Vorwurf einer Razzia belege. In seiner Reaktion auf die Vorwürfe habe Diallo allerdings auch deutlich gemacht, dass die Regierung das Internet abschalten könne und ein Medienunternehmen etwa bei Anstachelung zu Hass zwischen Bevölkerungsgruppen ohne Zögern geschlossen werde. In beiden Fällen würde die Regierung sich dazu bekennen und dies offen tun.

Erneute Proteste, Drohungen durch Minister

Der Beginn der Internetprobleme fiel auf den ersten von zwei Tagen, für welche die Opposition wie in der Vorwoche zu Demonstrationen aufgerufen hatte. Der Berichterstattung zufolge soll die Bevölkerung in Conakry dieses Mal dem Aufruf nur wenig gefolgt sein. Die Junta hatte für eine starke Militärpräsenz zur Unterstützung der Gendarmerie gesorgt. Am 16.05.23 hatte der Minister für territoriale Verwaltung, Mory Condé, zudem den Demonstrierenden vorgeworfen, Terror walten zu lassen und tödliche Methoden gegen Sicherheitskräfte einzusetzen. Er sprach von einem „urbanen Guerillakrieg“. Im Fernsehen verlas er Bestimmungen der Antiterrorgesetzgebung, welche für verschiedene Straftaten lebenslange Haftstrafen vorsehen.

In der Vorwoche waren laut dem oppositionellen Bündnis Forces Vives de Guinée (FVG) sieben Demonstrierende getötet worden (vgl. BN v. 15.05.23). Die Staatsanwaltschaft bestätigte zwischenzeitlich den Tod eines Jugendlichen und zweier junger Männer.

Indien

Manipur: Eskalation der ethnischen Konflikte

Die Anfang Mai 2023 im nordöstlichen Bundesstaat Manipur ausgebrochene Gewalt zwischen der hinduistischen Ethnie der Meitei und den christlichen Stämmen der Kuki und Naga hatte mindestens 60 getötete und mehr als 250 verletzte Menschen zur Folge. Mehr als 1.700 Gebäude, darunter Kirchen und Hindu-Tempel, wurden niedergebrannt und rd. 35.000 Menschen vertrieben.

Die Auseinandersetzungen begannen nach einer Verfügung des Obergerichts von Manipur, in der die Regierung des Bundesstaates angewiesen wurde, die Aufnahme der hinduistischen Meitei zu den „Scheduled Tribes“ zu prüfen (vgl. BN v. 08.05.23).

Karnataka: Wahlniederlage für die BJP

Die Regionalwahlen im südindischen Bundesstaat Karnataka hat die Kongresspartei mit 136 von 224 Sitzen im Regionalparlament für sich entschieden und die hindunationalistische Bharatiya-Janata-Partei (BJP) von Premier Narendra Modi geschlagen. Karnataka mit der Technologiemetropole Bengaluru ist der einzige Bundesstaat im reicheren Süden, in dem bislang die BJP regierte, die im Norden des Landes generell stärker ist.

Irak

Dohuk: Luftangriff

Am 17.05.23 hat ein vermutlich türkischer Kampffjet mehrere Ziele im Gouvernement Dohuk beschossen. Davon insbesondere betroffen waren die Berge um die Ortschaften Sheladze und Deralok.

Die Türkei hat ihre Angriffe auf Stellungen der PKK in Nordirak in den letzten Monaten intensiviert, zu dem jüngsten Vorfall liegt bislang keine Stellungnahme vor.

Kirkuk: Luftangriff gegen IS-Stellungen

Am 15.05.23 hat das irakische Militär laut eigenen Angaben einen Luftschlag gegen Stellungen des IS südwestlich von Kirkuk Stadt durchgeführt. Dabei wurden mehrere IS-Kämpfer getötet.

Obwohl der IS in Irak in den letzten Jahren erheblich an Schlagkraft eingebüßt hat, ist er in den sogenannten umstrittenen Gebieten (die sowohl von Bagdad als auch Erbil beansprucht werden) aufgrund des dortigen Sicherheitsvakuums weiterhin präsent.

Makhmur: Flüchtlingslager umstellt

Am 20.05.23 wurde das Flüchtlingslager in Makhmur vom irakischen Militär umstellt, in der Folge kam es zu Protesten der Campbewohner und -bewohnerinnen. Berichten zufolge wurden Steine auf irakische Soldaten geworfen, wobei vier von ihnen verletzt wurden.

Das Camp in Makhmur wurde 1998 für kurdische Flüchtlinge aus der Türkei gegründet, sowohl Bewohnerinnen und Bewohner als auch die Campverwaltung haben mutmaßlich Verbindungen zur PKK. Die Türkei wirft der PKK vor, Campbewohner für den Kampf zu rekrutieren und hat das Lager bereits mehrmals angegriffen. Makhmur liegt in den sogenannten umstrittenen Gebieten. Die irakische Regierung hatte im letzten Jahr angekündigt, Kontrolle über das Flüchtlingscamp erlangen zu wollen.

UN-Sicherheitsrat: Frauenrechte in Irak

Bei einer Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 18.05.23 berichtete Khanim Latif, Gründerin einer NGO, die sich für Frauenrechte einsetzt, zur Situation von Frauen in Irak. Sie erläuterte, dass geschlechtsspezifische Gewalt zwischen 2020 und 2021 um 125 % zugenommen habe, zudem würden Frauenrechtsaktivistinnen in der Autonomen Region Kurdistan (KR-I) gezielt angegriffen.

Gewalt gegen Frauen in Irak, einschließlich KR-I, ist ein alltägliches Problem, viele Übergriffe werden weder gemeldet noch verfolgt. Außerhalb der KR-I gibt es kein Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt, das Motiv der Ehre ist als strafmildernder Umstand vor Gericht anerkannt.

Iran

Exekutionen

Am 19.05.23 wurden drei Männer, die angeblich an der Tötung eines Polizisten und zweier Basij-Mitglieder beteiligt gewesen waren, hingerichtet. Es kam zu Protesten der Angehörigen, die Geständnisse seien unter Folter erzwungen worden. Laut einem Bericht einer Menschenrechtsorganisation mit Kontakt zu den Familien wurden im Kontext der Proteste mindestens zwei Brüder und eine Schwester eines der Hingerichteten ebenfalls festgenommen, über ihr weiteres Schicksal ist derzeit nichts bekannt.

Am 20.05.23 wurde die Hinrichtung eines Mannes wegen Menschenhandel und Prostitutionsförderung veröffentlicht.

Am 21.05.23 wurde die Erhängung dreier weiterer Männer bekannt gegeben. Diese waren angeblich mit 39 kg Heroin aufgegriffen worden. Der Besitz von mehr als 30 Gramm Heroin ist in Iran mit der Todesstrafe belegt.

Gefecht an der Grenze zu Pakistan

Am 21.05.23 kam es zu einem Angriff einer laut Iran terroristischen Gruppe auf den Grenzposten Saravan in der iranischen Region Sistan-Belutschistan. Dabei wurden fünf Mitglieder des iranischen Grenzschutzes getötet, über Verluste der Gegenseite ist nichts bekannt. In der Region mit Grenzen zu Afghanistan und Pakistan sind

separatistische Gruppen, aber auch bewaffnete Drogenschmuggler und sunnitische Jihadisten aktiv, es kommt immer wieder zu Gefechten mit iranischen Sicherheitskräften.

Jordanien / Vereinigte Arabische Emirate

Rückführung in die VAE durch jordanische Behörden

Emiratischen Staatsmedien vom 17.05.23 zufolge wurde Khalaf Abd al-Rahman Humaid al-Rumaithi, ein Emirati, der auch die türkische Staatsangehörigkeit besitzt, von jordanischen Behörden in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) zurückgeführt. Al-Rumaithi wurde im Jahr 2013 in Abwesenheit gemeinsam mit 68 weiteren Personen, darunter zahlreiche Angehörige rechtsberatender Berufe sowie im Bereich der Menschenrechte oder Wissenschaft aktive Personen, für die Gründung einer Gruppierung mit dem vermeintlichen Ziel des Umsturzes des herrschenden politischen Systems verurteilt. Aufgrund ihrer Verbindung zur „terroristischen Muslimbruderschaft“ wurde die al-Islah Partei 2014 in den VAE verboten. Medienberichten zufolge befanden sich Anfang Mai 2023 noch immer 51 der damals Verurteilten in Haft in den VAE, obwohl die ihnen auferlegten Gefängnisstrafen bereits abgeleistet waren. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch prangerte das Vorgehen an und äußerte Befürchtungen al-Rumaithi würde nach Rückführung einen unfairen Prozess erfahren und sei in Haft von Folter bedroht.

Gegen al-Rumaithi war zuvor ein Haftbefehl erlassen worden, der im Rahmen einer sicherheitspolitischen Kooperation über den Rat der Arabischen Innenminister am 07.05.23 seine Verhaftung am Flughafen in Jordanien auslöste. Obgleich Jordanien sich mit Art. 28 der Arabischen Charta der Menschenrechte verpflichtet hat, politische Geflüchtete nicht auszuliefern und in den Vereinbarungen des Rats dieselbe Verpflichtung wiederholt werden, sind dort bestimmte Tatbestände ausgeschlossen, darunter Übergriffe auf Könige und Präsidenten.

Den emiratischen Staatsmedien zufolge würde al-Rumaithi nun gemäß dem emiratischen Rechtssystem erneut für dieselben Anklagepunkte vor Gericht gestellt werden. Das im Jahr 2013 gegen ihn verhängte Urteil umfasste eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren.

Kolumbien

Regierung und ELN verhandeln weiter

Am 02.05.23 hat in Kuba die dritte Runde der Friedensgespräche zwischen der Guerilla-Gruppe ELN (Ejército de Liberación Nacional) und der Regierung von Kolumbien begonnen. Laut Medienberichten sind die drei Kernthemen in dieser Runde die Beteiligung der Gesellschaft, ein bilateraler Waffenstillstand und humanitäre Hilfsmaßnahmen. Die vorherigen Gesprächsrunden hatten Ende 2022 in Venezuela und im Februar/März 2023 in Mexiko stattgefunden (vgl. BN v. 20.03.23). Seit dem Friedensvertrag der Regierung mit der größeren Rebellengruppe FARC 2016 ist die ELN die größte noch aktive Guerillaorganisation in Kolumbien. Im Januar 2019 war von ihr ein tödlicher Bombenanschlag auf eine Polizeiakademie in Bogotá verübt worden. Die Regierung des damaligen Präsidenten Iván Duque hatte die damals laufenden Friedensgespräche mit der ELN daraufhin abgebrochen (vgl. BN v. 21.01.19).

Kuba

LGBTIQ-Demonstration

Am 13.05.23 haben in Havanna rd. 200 Kubanerinnen und Kubaner gegen Trans- und Homophobie protestiert. Laut Medienberichten feierten die Teilnehmenden bei der Veranstaltung auch die Einführung der Ehe für alle im Jahr 2022 (vgl. BN v. 10.10.22). Zu den Klängen traditioneller Rhythmen trugen sie eine große Regenbogenfahne durch den Stadtteil Vedado, außerdem Schilder mit Botschaften wie Sozialismus ja, Homophobie nein. Angeführt wurde der zum Teil als Parade konzipierte Demonstrationzug von Mariela Castro Espín. Die Tochter des ehemaligen Präsidenten Raúl Castro ist Direktorin des Nationalen Zentrums für Sexualerziehung (Centro Nacional de Educación Sexual, CENESEX) und setzt sich seit über 30 Jahren für die Rechte der LGBTIQ-Gemeinschaft ein. Medien berichten unter Berufung auf offizielle Statistiken, dass in Kuba seit Einführung der Ehe für alle 745 gleichgeschlechtliche Paare geheiratet haben.

Libanon

Wirtschaftslage

Die anhaltend schlechte Wirtschaftslage sorgt weiterhin für einen hohen Emigrationsdruck. Die Secutiré Générale, die für die Ausstellung von Pässen verantwortlich ist, bat am 17.05.23 offiziell die Bevölkerung, sich nach Möglichkeit bei der Beantragung von Pässen zurückzuhalten. Derzeit gingen täglich rund 5.000 Anträge auf Passerstellung oder -erneuerung ein, während die maximale Kapazität es derzeit erlaube, lediglich etwa 3.000 Pässe am Tag auszustellen oder zu verlängern.

Angeblicher Rückgang der Kriminalität

Die Veröffentlichung der offiziellen Kriminalitätsstatistik in Libanon für die ersten vier Monate des Jahres scheint überraschend einen Einbruch der Kriminalität zu zeigen. So sanken im Vergleich zum Vorjahr die Zahlen für Autodiebstähle (von 439 auf 415), Mord (von 61 auf 49) und Taschendiebstahl (von 200 auf 183). Die Zahlen sind trotz der geringen Größe des Landes wahrscheinlich nicht plausibel. Unter Beobachtern wird davon ausgegangen, dass schon lange Verbrechen nicht mehr regelmäßig angezeigt oder erfasst werden, da Polizisten wie auch andere Staatsdiener nur noch selten ihrer offiziellen Tätigkeit nachgehen, da die Wirtschaftslage und die mangelnde Anpassung der Gehälter sie zwingt, anderweitig nach Beschäftigung zu suchen.

Frauenproteste in Sidon

Ein viral gewordener Vorfall, in dem am Strand in Sidon eine Frau im Bikini von einer Gruppe Männer aufgrund ihrer Badekleidung massiv belästigt wurde, sorgte für erhebliche Kontroversen in den sozialen Netzwerken. Deswegen kam es am 21.05.23 auch zu einer Demonstration von überwiegend Frauen am Strand von Sidon, bei der sich die Demonstrierenden mit der belästigten Frau solidarisierten. In der Öffentlichkeit wurde dieses Thema sehr kontrovers diskutiert, auch für Männer, die an der Kleidung der Frau Anstoß nahmen, gab es viel Zustimmung. Sidon gilt innerhalb Libanons als gesellschaftlich relativ konservative Stadt.

Libyen

Bashagha als Ministerpräsident der Regierung der nationalen Stabilität abgesetzt

Medienangaben zufolge stimmte ein Teil des im ostlibyschen Tobruk ansässigen Parlaments (House of Representatives, HoR) am 16.05.23 für die Absetzung von Fathi Bashaghas als Ministerpräsidenten der Regierung der nationalen Stabilität (Government of National Stability, GNS). Laut dem Parlamentssprecher habe man Untersuchungen gegen Bashagha eingeleitet und es bestehe der Vorwurf gegen ihn, die Regierungsziele nicht erreicht zu haben; vorerst solle Finanzminister Osama Hamad die Aufgaben Bashaghas übernehmen.

Im Februar 2022 hatte das HoR Bashagha zum neuen Ministerpräsidenten gewählt und ihm die Bildung einer neuen Regierung aufgetragen. Aus Sicht des HoR hatte das Mandat von Ministerpräsident Abdul Hamid Dbaiba, welcher die Regierung der nationalen Einheit (Government of National Unity, GNU) mit Sitz in Tripolis anführt, im Dezember 2021 mit dem Scheitern der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen geendet. Bei Amtsantritt Bashaghas hatte dieser Dbaiba und dessen Regierung zur Machtübergabe aufgefordert, was Dbaiba jedoch ablehnte. Bei dem Versuch Bashaghas, mit den ihn unterstützenden Milizen in Tripolis einzudringen und die Regierungsgeschäfte von der in der Hauptstadt ansässigen GNU zu übernehmen, kam es im Mai und August 2022 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den die GNU unterstützenden Milizen.

Marokko

Neue Regelungen für Onlinejournalismus angekündigt

Laut Pressemeldungen vom 16.05.23 werden neue Vorschriften für Onlinemedien und Nachrichtenberichterstattung erarbeitet. Elektronische Medien und Nachrichten würden z.T. ohne Lizenz betrieben und nun solle der rechtliche Rahmen festgelegt werden, auch um sicherzustellen, dass Onlineangebote den Anforderungen für andere Medien entsprechen. So verfügten digitale Medienangebote bspw. nicht über die erforderliche Infrastruktur oder zahlten keine Sozialversicherungsbeiträge für ihre Mitarbeitenden. Das Journalismus- und Verlagsgesetz stammt aus dem Jahr 2016.

Nicaragua

Neue Welle der Repression: Festnahmen, Hausarrest, Exil, Entzug von Anwaltslizenzen

Laut Angaben des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Monitoreo Azul y Blanco (MAB) sind zwischen 12.05. und 14.05.23 erneut mindestens 18 mutmaßlich oppositionelle Personen in verschiedenen Regionen des Landes verhaftet worden. Statt einer Inhaftierung seien diese nach schnellen Verfahren ohne Prozessgarantien, wie mindestens 39 andere im Laufe des Monats verhaftete Personen, in den Hausarrest verbracht worden und müssten sich täglich bei Polizeidienststellen melden. Ihre Wohnungen seien durchsucht und teils persönliches Eigentum beschlagnahmt worden. Einige dieser Personen seien aus Angst, doch noch in ein Gefängnis verbracht zu werden, bereits nach Costa Rica ausgewandert. Auch mehrere Angehörige von sich im Exil befindlichen oppositionellen Personen seien in Polizeisprachen bedroht worden. Insgesamt spricht MAB von 181 repressiven, politisch motivierten Akten zwischen 01.05. und 16.05.23, darunter Verhaftungen, Einschüchterungen und Strafverfolgungsmaßnahmen. Verschiedenen Expertinnen und Experten zufolge stelle dieses Vorgehen eine neue Welle der Repressionsstrategie seitens der nicaraguanischen Regierung dar, die nicht nur eine vollständige Unterbindung jeglicher oppositioneller Tätigkeiten und Äußerungen im Land, sondern auch die Ausreise entsprechender Personen ins Exil zum Ziel habe. Ein solch einkalkulierter Gang ins Exil senke laut dem exilierten Soziologen Douglas Castro die politischen Kosten im Gegensatz zu einer tatsächlichen Inhaftierung. Daneben sind mindestens 26 Anwältinnen und Anwälte sowie Notaren ihre Lizenzen entzogen worden.

Nigeria

Plateau State: Interkommunale Gewalt fordert mehr als 100 Todesopfer

Bei mehrtägigen gewalttätigen Auseinandersetzungen nichtstaatlicher Akteure sind im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau in der Woche vom 15.05.23 über 100 Zivilpersonen ums Leben gekommen. Laut Medienberichten, die sich auf offizielle Behördenangaben vom 19.05.23 berufen, wurden bei den Gewaltexzessen in der Local Government Area (LGA) Mangu auch Hunderte Häuser zerstört und Tausende Menschen vertrieben. Bei den Akteuren handle es sich um nichtsesshafte Hirten und Ackerbau betreibende Dorfbewohner. Hintergrund der Gewalteskalation könnten zum einen schwelende Konflikte um Land-, Weide- und Wasserrechte in weiten Teilen Nigerias sein, zum anderen aber auch – bzw. zugleich – ethnische Rivalitäten. Dass die beteiligten Nichtsesshaften in der Regel muslimischen Glaubens sind und die Sesshaften oft Christinnen und Christen, erhöht die Brisanz der Situation. Im ebenfalls zentralen Bundesstaat Benue sind Anfang März 2023 und Anfang April 2023 bei ähnlichen Vorfällen jeweils rd. 50 Menschen zu Tode gekommen (vgl. BN v. 13.03.23 u. 24.04.23).

Südosten: Bei US-Auslandsvertretung Beschäftigte getötet und entführt

Am 16.05.23 haben Unbekannte in der Local Government Area (LGA) Ogbaru im Bundesstaat Imo einen Fahrzeugkonvoi angegriffen, in dem sich auch Mitarbeitende einer US-Auslandsvertretung befanden. Medienberichten zufolge kamen bei dem Vorfall sieben in dem Konvoi reisende Personen ums Leben. Zwei weitere seien im Zuge der Attacke entführt worden, hätten jedoch am 19.05.23 ihre Freiheit körperlich unverletzt wiedererlangt. Bei allen Opfern handle es sich um nigerianische Staatsangehörige. Die Identität der Angreifer und ihre etwaige Zugehörigkeit zu einer Bande oder sonstigen bewaffneten Gruppierung ist unklar. Regierungsstellen und andere Behörden sehen die Verantwortung für Gewalttaten in der Region regelmäßig bei der seit 2017 verbotenen Unabhängigkeitsbewegung Indigenous People of Biafra (IPOB) bzw. bei Mitgliedern ihres bewaffneten Flügels Eastern Security Network (ESN). Entsprechende Vorwürfe werden von diesen jedoch ebenso regelmäßig abgestritten. Beobachtende der Sicherheitslage in der Region weisen darauf hin, dass in der Region auch gewaltbereite Gruppierungen ohne direkten Bezug zu Unabhängigkeitsbestrebungen aktiv sind. Fakt ist Medienberichten zufolge jedoch auch, dass es seit der Gründung des ESN im Dezember 2020 zu einem Anstieg der Angriffe auf Sicherheitskräfte und staatliche Einrichtungen, wie z.B. Polizeistationen, gekommen ist. Von Gewaltereignissen im Südosten besonders betroffen waren in jüngerer Zeit die Bundesstaaten Imo (vgl. BN v. 19.12.22 u. 23.01.23) und Anambra (vgl. BN v. 06.02.23 u. 20.02.23).

Pakistan

Protestteilnehmenden droht Verurteilung nach Militärrecht

Am 16.05.23 wurde nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsausschusses unter dem Vorsitz von Premier Shehbaz Sharif bekannt gegeben, dass Teilnehmende an den landesweiten Massenprotesten, die zivile staatliche und Militäreinrichtungen angegriffen haben, nach Militärrecht (Army Act) verurteilt werden sollen (vgl. BN v. 15.05.23). Grundsätzlich dient der Army Act dazu, Militärzugehörige bei Vergehen nach den eigenen Rechtsregeln zu verurteilen. In bestimmten Fällen ist dieses Gesetz auch auf Zivilpersonen anwendbar. Prozesse nach diesem Gesetz finden vor einem Militärgericht statt. Amnesty International nannte dies eine Einschüchterungstaktik. Die Organisation Human Rights Commission of Pakistan (HRCP) geht außerdem von teils willkürlichen Verhaftungen von Unterstützenden der PTI aus. Am 19.05.23 kritisierte Ex-Premier Imran Khan in den sozialen Medien selbst das Vorgehen der Regierung gegen die PTI und deren Unterstützende. Zuvor waren Durchsuchungsbeschlüsse für sein Wohnhaus in Lahore erlassen worden, um mutmaßlich sich dort aufhaltende Einzelpersonen festzunehmen. Khan stritt deren Anwesenheit indessen ab.

Federal Shariat Court schränkt Selbstbestimmungsgesetz für Transmenschen ein

Am 19.05.23 entschied der Federal Shariat Court (FSC), dass bestimmte Abschnitte des international fortschrittlichen Transgender Persons (Protection of Rights) Act von 2018 gegen die Scharia verstoße. Nach dieser Entscheidung dürfen transgeschlechtliche Menschen nicht mehr selbst bestimmen, ob sie sich offiziell als männlich, weiblich oder als sogenanntes drittes Geschlecht eintragen lassen. Die Transgender-Gemeinschaft werde nach Angaben eines Sprechers gegen die Entscheidung des FSC Rechtsmittel beim Obersten Gerichtshof einlegen.

Gewaltsame Auseinandersetzungen zweier Stämme in Khyber Pakhtunkhwa

Am 15.05.23 eskalierte eine jahrzehntelange Stammesrivalität in der Region um Darra Adam Khel in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa an der Grenze zu Afghanistan. Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen zwei Stämmen um die Eigentumsverhältnisse an einer Kohlemine sind mindestens 16 Menschen getötet und rd. ein Dutzend weitere verletzt worden.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: Drei Tote bei Militäreinsatz

Am 22.05.23 wurden Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums zufolge bei einer Gewalteskalation im Rahmen eines Militäreinsatzes im Balata-Geflüchtetenlager, nahe der Stadt Nablus, drei Palästinenser durch das israelische Militär erschossen. Angaben des bewaffneten Flügels der Fatah zufolge handelte es sich um drei Mitglieder der al-Aqsa-Märtyrerbrigaden. Sechs weitere Personen wurden laut Medienberichten verwundet, davon befände sich eine in kritischem Zustand. Das israelische Militär gab an, Kenntnisse über ein Waffen- und Sprengstofflager erhalten zu haben, das im Rahmen des Einsatzes zerstört worden sei. Vor Ort seien die Militärangehörigen mit Sprengsätzen und Steinen beworfen worden, worauf sie mit dem Einsatz von Waffen reagiert hätten.

Russische Föderation

Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit dem Fall Ponomarew

Polizeikräfte haben am 18.05.23 in mindestens vier Regionen, darunter in den Städten Moskau, St. Petersburg und Weliki Nowgorod, Wohnungen lokaler Oppositionspolitikerinnen und -politiker sowie eines Journalisten durchsucht. Laut Aussagen der Strafverfolgungsbehörden stehen die Betroffenen im Verdacht, Verbindungen zu dem pro-ukrainischen ehemaligen Abgeordneten der Staatsduma, Ilya Ponomarew, zu unterhalten, und an Treffen des „Kongresses der Volksdeputierten“ teilgenommen zu haben. Bei dem Kongress handelt es sich um ein von Ponomarew im Exil gegründetes Gremium ehemaliger Abgeordneter, das nach eigenen Angaben Vorbereitungen für einen demokratischen Wandel nach einer möglichen Absetzung Präsident Putins trifft. Medienberichten zufolge wurden im Anschluss mehrere Betroffene kurzzeitig festgenommen und vom Untersuchungskomitee, der wichtigsten föderalen Ermittlungsbehörde, zur Person Ponomarews verhört. Unter ihnen sollen sich mit dem

Mathematikprofessor und linksgerichteten Politiker Michail Lobanow auch Regierungskritiker gänzlich ohne Kontakt zu Ponomarew befunden haben, mutmaßlich, um diese mit Blick auf eigenes oppositionelles Engagement einzuschüchtern.

Es handelt sich bereits um die vierte Welle großangelegter Durchsuchungen dieser Art, seitdem im August 2022 ein Strafverfahren gegen Ponomarew in Abwesenheit wegen der Verbreitung vorgeblicher Falschinformationen über die russischen Streitkräfte eröffnet wurde.

Senegal

Vergewaltigungsprozess gegen Sonko; erneute Unruhen und Gewalt, mehrere Tote

Der für den 16.05.23 in Dakar angesetzte Vergewaltigungsprozess gegen den Oppositionsführer und Bürgermeister der Großstadt Ziguinchor, Ousmane Sonko, ist in dessen Abwesenheit auf den 23.05.23 vertagt worden. Sonkos Anwälte rechtfertigen dessen Fernbleiben mit fehlenden Sicherheitsgarantien einerseits und wegen Nichterhalt einer gerichtlichen Vorladung andererseits. Sonko, der alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen kategorisch zurückweist, erklärte, dass er auf dem Weg zu einem Gerichtstermin am 16.03.23 Opfer von Polizeigewalt und eines versuchten Mordanschlags geworden sei (vgl. BN v. 27.03.23). Zudem kritisierte er eine politische Verschwörung und eine Instrumentalisierung der Justiz, die seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2024 verhindern soll (vgl. BN v. 23.01.23). Er rief jüngst zum zivilen Ungehorsam und Widerstand auf der Straße auf. Eine von einem Berufungsgericht zuletzt bestätigte strafrechtliche Verurteilung Sonkos gefährdet im Falle der Rechtskraft des Urteils bereits Sonkos Präsidentschaftskandidatur (vgl. BN v. 15.05.23). Die Festnahme Sonkos im März 2021 wegen Vergewaltigungsvorwürfen führte zu den schwersten innerstaatlichen Unruhen seit Jahren, bei denen, je nach Quelle, mindestens zwölf bis 15 Menschen starben und mehrere Hundert verletzt wurden.

Laut Presseberichterstattung ist es rund um den Gerichtstermin am 16.05.23 in der Region Ziguinchor, Dakar und andernorts zu neuen Protesten und Ausschreitungen sowie damit verbundener Gewalt, Vandalismus, erheblichen Sachschäden und anderen Beeinträchtigungen des täglichen Lebens gekommen. Bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften am 15.05. und 16.05.23 seien mindestens zwei Zivilpersonen (in Ziguinchor und Dakar) ums Leben gekommen. Auch sei ein Polizist in Ziguinchor von einem Panzerfahrzeug überrollt und getötet worden. Es habe mehrere zum Teil schwer Verletzte auf beiden Seiten sowie Festnahmen gegeben, u.a. in den Reihen von Sonkos Partei Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité (PASTEF) sowie aus dem Umfeld der Partei, darunter zwei Medienschaffende.

Am 14.05.23 hätten die Unruhen begonnen, nachdem Hunderte Anhängerinnen und Anhänger Sonkos sich vor dessen Haus in Ziguinchor versammelt und Straßensperren errichtet hätten, um diesen vor einer angeblichen Festnahme zu schützen; Gerüchte um eine Festnahme Sonkos haben sich jedoch nicht bestätigt. Sicherheitskräfte seien mit Tränengas gegen die Menge vorgegangen. Laut Medienbericht vom 21.05.23 ist Sonkos Anhängerschaft weiterhin präsent an dessen Wohnort. Der Schulbetrieb sei bis zum 25.05.23 vorsorglich ausgesetzt worden.

Simbabwe

Simbabwe entlässt mehr als 4.000 Gefangene

Presseberichten zufolge sind am 18.05.23 im Rahmen einer Amnestie des Präsidenten Emmerson Mnangagwa wenige Monate vor den wichtigen Parlamentswahlen mehr als 4.000 Häftlinge freigelassen worden. Laut Strafvollzugsbehörde des Landes sind genau 4.270 Personen entlassen worden. Der Zimbabwe Prisons and Correctional Service (ZPCS) gibt in einer Erklärung an, dass durch Amnestie die Überfüllung der mehr als 50 Haftanstalten des Landes verringert worden sei. Sie bieten Platz für etwa 17.000 Personen. Vor der Begnadigung beherbergten sie mehr als 22.000 Häftlinge. Die Amnestie wurde für unterschiedliche Haftgründe und Strafmaße gewährt, darunter auch denjenigen, die mindestens drei Viertel ihrer Strafe verbüßt haben bzw. ein Zehntel, wenn das Alter mindestens 60 Jahre betrug. Ausgeschlossen von der Amnestie sind Gewaltverbrecher sowie Personen, die wegen Raubüberfällen, Hochverrat und Verstößen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Gefängnis sitzen. Freigelassene Personen dürfen an den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die im August 2023 stattfinden sollen, teilnehmen. Das Recht des simbabwischen Präsidenten, nach eigenem Ermessen Begnadigungen

auszusprechen, ist in der Verfassung des Landes verankert. Laut aktuellen Medienberichten besteht jedoch unter der Bevölkerung Unklarheit darüber, wie und warum Straftäter oder Straftäterinnen entlassen werden.

Somalia

Ausweisung von zwei EU-Mitarbeitenden

Somalia hat einer Erklärung des somalischen Außenministeriums zufolge Mitte Mai 2023 zwei Mitarbeitende der European Union Capability Building Mission in Somalia (EUCAP Somalia) ausgewiesen. Ihnen wird vorgeworfen, bei einem Besuch der Haftanstalt der somalischen Seepolizei am Flughafen von Mogadischu heimlich Gefangene fotografiert zu haben. Darüber hinaus wird ihnen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes vorgeworfen.

Die Ausweisungen sollen im Zusammenhang mit der Festnahme von 36 Fischerinnen und Fischern, mehrheitlich aus dem Iran, stehen. Ihnen wird illegaler Fischfang in somalischen Gewässern vorgeworfen.

Hinrichtungen

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hat ein Erschießungskommando des Gliedstaats Southwest am 18.05.23 zwei Männer auf einem öffentlichen Platz in Baidoa, der Hauptstadt der Region Bay, hingerichtet. Sie wurden Anfang April 2023 vom zuständigen Regionalgericht wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Wahlstreit in Puntland: Kämpfe und Festnahmen von Politikern

Am 16.05.23, neun Tage vor den puntländischen Kommunalwahlen, soll es in den Außenbezirken der Hauptstadt Garowe zu Zusammenstößen zwischen zwei Fraktionen der Sicherheitskräfte gekommen sein. Vier Politiker sollen laut dem Staatsanwalt Puntlands für Angriffe auf Fahrzeuge, die Wahlurnen in verschiedene Bezirke transportieren, verantwortlich sein. Gegen sie wurden Haftbefehle erlassen. Mindestens drei Soldaten sollen bei den Zusammenstößen getötet und weitere verletzt worden sein. Kritik an einer rechtswidrigen Verlängerung der Amtszeit des puntländischen Präsidenten Said Abdullahi Deni, die im Januar 2024 ausläuft, führt derzeit zu Spannungen in Puntland.

Sudan

Gespräche in Saudi-Arabien

Medienberichten zufolge wurde am Abend des 20.05.23 eine siebentägige Waffenruhe vereinbart, die ab dem 22.05.23 um 21:45 Uhr Ortszeit beginnen soll. Anders als bei vorherigen Waffenruhen haben beide Parteien, die sudanesisch-Armee (SAF) und die Rapid Support Forces (RSF), das Abkommen unterzeichnet. Zudem sei, um die Einhaltung der beschlossenen Waffenruhe zu unterstützen, ein Überwachungsmechanismus eingerichtet worden, der von den USA, Saudi-Arabien und der internationalen Gemeinschaft unterstützt werde. Wie genau die genannte Überwachung gestaltet wird, wurde nicht mitgeteilt. Das neue Waffenstillstandsabkommen sieht neben der Waffenruhe die Verteilung von Hilfsgütern, die Wiederherstellung grundlegender Dienstleistungen sowie den Abzug von bewaffneten Soldaten und Kämpfern aus Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen vor.

Anhaltende Kämpfe

Medienberichten zufolge kam es im Vorfeld des am 22.05.23 um 21:45 Uhr Ortszeit in Kraft tretenden Waffenstillstandsabkommens immer wieder zu teils heftigen Kampfhandlungen. Demnach sei zuletzt vor allem ein militärischer Flugplatz (Wadi Saeedna Airbase) nahe der Hauptstadt stark umkämpft. Der u.a. für Evakuierungsflüge aber auch für die gegen die RSF-Stellungen geflogenen Luftangriffe genutzte Flugplatz ist schon seit mehreren Tagen umkämpft. Seit dem 21.05.23 seien die Kämpfe jedoch intensiver geworden. Auch in der Hauptstadt selbst, in den Nachbarstädten Omdurman und Bahri sowie in Teilen der Region Darfur sei es in den vergangenen Tagen zu weiteren Kämpfen und Luftangriffen gekommen.

Türkei

Wahlergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Im ersten Wahlgang am 14.05.23 erhielt Staatspräsident Erdogan 49,5 % der Stimmen und verfehlte damit die erforderliche Mehrheit, um eine Stichwahl zu vermeiden. Kilicdaroglu, der Kandidat eines Sechs-Parteien-Oppositionsbündnisses, erhielt 44,9 % der Stimmen. Der ultra-nationalistische Kandidat Sinan Ogan erhielt 5,2 % der Stimmen und schied damit aus. Die Stichwahl soll am 28.05.23 stattfinden.

Die AKP errang bei den Parlamentswahlen 268 von insgesamt 600 Sitzen im Parlament, das von ihr geführte Bündnis, die „Volksallianz“, erhielt 322 Sitze und damit eine Mehrheit im Parlament. Die größte Oppositionspartei, die Republikanische Volkspartei (CHP), erhielt 169 Sitze, während ihr Bündnis die „Nationale Allianz“ 212 Abgeordnete stellte. Die pro-kurdische HDP, die aufgrund eines gerichtlichen Verbotsverfahrens unter dem Banner der Partei der Grünen Linken (YSP) antrat, errang 61 Sitze. Die Unterstützung für die AKP ist gegenüber ihren Wahlergebnissen im Jahr 2018 (42,6 %) um sieben Punkte gesunken.

Der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zufolge zeichneten sich die Wahlen durch eine hohe Wahlbeteiligung aus, wurden gut organisiert und boten Wählenden politische Alternativen, jedoch genossen der amtierende Präsident und die Regierungsparteien einen unfairen Vorteil. Anhaltende Einschränkungen der Grundrechte auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit behinderten die Teilnahme einiger Oppositionspolitiker und -parteien sowie der Zivilgesellschaft und unabhängiger Medien. Die gemeinsame Beobachtungsmission des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats stellte fest, dass der rechtliche Rahmen keine vollständige Grundlage für die Durchführung demokratischer Wahlen bietet. So dürfe die Regierung in den Medien nicht wieder bevorzugt werden.

Tunesien

Demonstrationen wegen Rückgang der Pressefreiheit

Am 18.05.23 demonstrierten Journalismustreibende gegen die ihrer Ansicht nach unterdrückende Politik der Regierung, welche die Justiz nutze, um Medien und Medienschaffende einzuschüchtern und unter Druck zu setzen. Zwei Journalisten, die kritisch über den Anschlag auf die Synagoge auf der Insel Djerba (vgl. BN v. 15.05.23) berichtet hatten, wurden durch eine Polizeigewerkschaft angezeigt. Zudem richtete sich der Protest gegen die fünfjährige Haftstrafe, die gegen einen Journalisten des privaten Radiosenders Mosaïque FM wegen der Offenlegung von Informationen über die Sicherheitsdienste verhängt wurde. Ein im selben Fall angeklagter Polizist, dem vorgeworfen wurde, Informationen an den Journalisten weitergegeben zu haben, wurde im Berufungsverfahren zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Durch die tunesische Journalismusgewerkschaft (Syndicat National des Journalistes Tunisiens, SNJT) wurden weitere Demonstrationen angekündigt.

Ukraine

Entwicklungen der Kampfhandlungen um Bachmut

Es verdichten sich die Hinweise, dass es russischen Kräften gelungen ist, bei ihrer Eroberung von Bachmut entscheidende Fortschritte zu erzielen. Der Geschäftsführer der maßgeblich mit Söldnern auf russischer Seite an den Kampfhandlungen beteiligten Wagner-Gruppe, Jewgeni Prigoschin, berichtete am 20.05.23, die Stadt sei vollständig durch russische Kräfte eingenommen worden. Der Sprecher der östlichen Gruppe der ukrainischen Streitkräfte Sergej Tsherevatyj widersprach dieser Darstellung zwar. Es werde weiterhin um Bachmut gekämpft. Er bekräftigte allerdings, dass sich die ukrainischen Streitkräfte in naher Zukunft zurückziehen könnten, da es aufgrund der örtlichen Gegebenheiten strategisch keinen Sinn ergebe, das aktuell noch kontrollierte Gebiet weiter zu halten. Prigoschin erklärte ferner, die Wagner-Gruppe wolle ihre Positionen am 25.05.23 den Einheiten der regulären russischen Armee übergeben.

Venezuela

Gewaltdelikte in den Grenzgebieten zwischen 2019 und 2022

Laut Angaben der NGO FundaRedes zu Gewalt in den Grenzgebieten sind fast 4.400 Personen zwischen 2019 und 2022 in den Bundesstaaten Amazonas, Bolívar, Falcón, Apure, Zulia und Táchira ermordet worden bzw. Opfer extralegalen Tötungsdelikte durch nicht-staatliche bewaffnete Gruppierungen oder staatliche Sicherheitskräfte geworden. Daneben seien über 940 Personen verschwunden, mindestens 35 Personen willkürlich verhaftet worden, darunter 2021 auch der Direktor von FundaRedes, Javier Tarazona.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de